

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/56

21. März 1972

Die Hochschulreform und ihre Gegner

Zur inneren Situation der Freien Universität  
Berlin und unserer Hochschulen

Von Prof. Dr. Werner Stein  
Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

NPD kommandiert ihre Wähler zur CDU

Will Filbinger mit den Rechtsradikalen  
siegen?

Von Dr. Erhard Eppler  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit und SPD-MdB des Wahlkreises 168  
Heilbronn

Seite 3 / 27 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 845 / 886 847/  
886 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Die Hochschulreform und ihre Gegner

Zur inneren Situation der  
Freien Universität Berlin und unserer Hochschulen

Von Prof. Dr. Werner Stein

Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin

Der Senat von Berlin verfolgt seit Jahren mit entscheidender Unterstützung des Abgeordnetenhauses eine Hochschulpolitik der zielstrebigen und sachbezogenen Reformen. Dies ist die politische Konsequenz aus dem Unvermögen der Hochschule alter Struktur sich selbst zu reformieren. Der Grundgedanke dieser Reform besteht darin, allen Mitgliedsgruppen der Hochschule Rechte und Pflichten im Rahmen der Selbstverwaltung zu geben. Dabei wird jede Gruppe in dem Ausmaß beteiligt, wie es ihre Stellung und Funktion in Forschung und Lehre erfordert. Es handelt sich also nicht um eine schematische "Demokratisierung". Auch wurde zwischen der Autonomie der Hochschule und den notwendigen Einwirkungsmöglichkeiten des Staates ein ausgewogenes Verhältnis gesucht. Hauptziel der neuen Gesetzgebung war es, eine auf unsere Zeit bezogene Studienreform zu ermöglichen.

Diese Politik wird nicht nur in den Hochschulen von mehreren Seiten bekämpft und gefährdet. Es war vorherzusehen, daß links-extreme Gruppen an echten Reformen in unserer Gesellschaft nicht interessiert sind und daher unabhängig von der Rechtslage diese zu unterlaufen und zu zerstören suchen. Dabei versuchen sie - gelegentlich nicht ohne Erfolg - solche zu mobilisieren und zu solidarisieren, die selbst an einer Reform und geordneten Verhältnissen interessiert sein müßten. Häufig geschieht das bei Abwehr staatlicher Maßnahmen. Auf der anderen Seite stehen mehr konservative Kräfte, welche aus anderen Motiven und in anderen Formen diese Reform-Politik nicht minder gefährden, zumal - wie so oft - beide Extreme sich gegenseitig die Argumente liefern und sich somit ungewollt unterstützen.

Diese Situation wird insofern verschärft, als es zwischen diesen Positionen keine entschlossene "Partei der Mitte" gibt. Die

"schweigende Mehrheit" unter den Hochschulmitgliedern, besonders unter den Studenten, überläßt das Feld denen, die ihre Interessen schlecht oder gar nicht wahrnehmen, meist ihnen sogar entgegen handeln.

Es wird von Tag zu Tag schwerer, die Folgen dieser Situation vor einer besorgten Öffentlichkeit zu vertreten, zumal diese oft einseitig und unvollständig informiert ist. Das kann leicht zur Folge haben, daß bei der vom Senat angekündigten und vorbereiteten Überprüfung des Universitätsgesetzes mehr und mehr die Stimmen die Oberhand gewinnen, welche die Lösung der Probleme in einem harten Zugriff des Staates sehen, also in einer Entzündung der Hochschulen und ihrer Mitglieder. Auch wer das für falsch hält, ist in seiner Abwehr solcher Reaktionen geschwächt, solange die Hochschulen aus eigener Kraft keine überzeugenderen Resultate erzielen.

Der Hochschulreform kann nur geholfen werden, wenn in Staat und Hochschule die Vertreter sachbezogener Reform ihre Anstrengungen parallelisieren, wobei jeder seine spezifischen Mittel verwenden muß. Hochschule und Gesellschaft müssen näher zusammengeführt werden. Als Staat im Staate kann die Hochschule nicht existieren.

Wenn die Beteiligten ihre Lage nicht erkennen und danach handeln, wird eine große Chance der Reform verpaßt sein. Darunter würde nicht nur die Hochschule selbst zu leiden haben, sondern auch die Gesellschaft, die ohne zeitgemäße Reform die Aufgaben der Zukunft nicht lösen wird.

(-/ex/21.3.1972/ks)

+ + +

NPD kommandiert ihre Wähler zur CDU

Will Filbinger mit den Rechtsradikalen siegen?

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und SPD-MdB des Wahlkreises 168 Weilbronn

Die NPD sorgt sich um die absolute Mehrheit der CDU in Baden-Württemberg. Wahrscheinlich gibt es mehr als einen CDU-Politiker, dem bei dieser Sorge nicht wohl ist. Die CDU wird auch sagen, man habe die NPD nicht darum gebeten.

Trotzdem bleiben einige Fragen offen: Was hätte die NPD wohl getan, wenn der CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger in letzter Zeit den Rechtsradikalismus mit derselben Vehemenz befehdet hätte wie den Linksradikalismus? Welche Wirkung auf den harten Kern der NPD - und es waren die Funktionäre, die zugunsten der CDU auf Kandidaten verzichteten! - haben manche Reden zu den Verträgen aus CDU und CSU wohl gehabt? War dabei nicht manches, was an den Antikommunismus der 50er Jahre anklang, den NPD-Funktionären aus dem Herzen gesprochen? Es mag sein, daß sie manches mißverstanden haben, was von der CDU/CSU über "Verschenken von Rechtspositionen", und über unser "Recht auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße" gesagt wurde. Aber ist die CDU/CSU so ganz unschuldig daran, wenn das alles in den Ohren der NPD-Funktionäre so erfreulich klang? Niemand weckt ungestraft nationalistische Emotionen!

Wenn die NPD sich zugunsten der CDU selbst aufgibt, weil sie ihre wichtigsten Anliegen dort gut aufgehoben sieht, wird die CDU dadurch noch keine rechtsradikale Partei.

Aber mancher demokratische Wähler wird stutzig: Wie muß eine Politik beschaffen sein, an deren Erfolg den Rechtsradikalen so viel liegt? Die NPD will die absolute Mehrheit der CDU.

Nachdenkliche Demokraten im Südwesten werden sich jetzt sehr ernsthaft fragen, ob sie dies auch noch wollen können.

(-/ja/21.3.1972/ks)